

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 11/2008

Leipzig, den 4. November 2008

Kein Grund zur Euphorie! Bildungsgewerkschaft GEW zu den angekündigten Änderungen des Doppelhaushaltes 2009/ 2010 für den Schulbereich

Die Bildungsgewerkschaft GEW warnt vor einer Überbewertung der am Wochenende erzielten Übereinkünfte zwischen CDU und SPD hinsichtlich des Doppelhaushaltes 2009/ 2010 für den Schulbereich. In einigen Medien wird der Eindruck erweckt, als hätte sich die Koalition auf zusätzliche Lehrerstellen für die berufsbildenden Schulen und für den Vorbereitungsdienst von Lehrerinnen und Lehrern in der Ausbildung verständigt.

„Dies ist mitnichten der Fall“, so die **GEW-Landesvorsitzende Sabine Gerold**. Der Ausgangspunkt der angekündigten Veränderungen für die berufsbildenden Schulen ist zunächst ein dramatischer Stellenabbau von 945 Lehrerstellen in den nächsten vier Jahren. Daran hält die Koalition unverändert fest. Statt Dauerstellen zu schaffen, sollen im Haushalt finanzielle Mittel für die Überbrückung personeller Engpässe eingestellt werden. Das löst die personellen Probleme der berufsbildenden Schulen in keiner Weise, denn dadurch werden keine verlässlichen Berufsperspektiven eröffnet.“

Auch für den Vorbereitungsdienst, die 2. Phase der Lehrerausbildung, werden keine zusätzlichen Stellen geschaffen, sondern der bisher geplante dramatische Stellenabbau lediglich reduziert. Die Koalition hat sich offensichtlich darauf verständigt, statt der bisher geplanten 752 Stellen für Referendare/ Lehramtsanwärter nur noch 352 Stellen abzubauen. Auch das hält die Bildungsgewerkschaft für ein völlig falsches Signal an den zukünftigen Lehrernachwuchs in Sachsen. „Auf diese Art und Weise wird Sachsen im Wettbewerb um den Lehrernachwuchs nicht bestehen können“, so die GEW-Landesvorsitzende.

Insgesamt bewertet die GEW die Ergebnisse der Übereinkunft zwischen CDU- und SPD-Fraktion vom vergangenen Wochenende hinsichtlich der Veränderungen des Haushaltsansatzes im Schulbereich als völlig unzureichend. „Die Forderungen der sächsischen Lehrerinnen und Lehrer sind von der Koalition nicht aufgegriffen worden. Wir werden ihnen deshalb Nachdruck verleihen müssen, um den Haushaltsgesetzgeber noch zu Änderungen zu bewegen“, so Sabine Gerold.

Nachfragen möglich unter 0172 – 7990 114